



Sachstandsmitteilung Nr.:	123/2025	Datum:	12.06.2025
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge		
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2	Bildungsausschuss	
3	x Ausschuss für Umwelt und Verkehr	07.07.2025
4	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	x Hauptausschuss	14.07.2025
7	Stadtvertretung	

nachrichtlich: Junger Rat
---------------------------

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen		
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. **TOP:** Antrag der Fraktion GEMEINSAM vor Ort, der Fraktion SWG und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2025 zum Thema Verpackungssteuer

## 2. Sachstand

Beigefügt der Antrag der Fraktion GEMEINSAM vor Ort, der Fraktion SWG und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Verpackungssteuer der Stadt Schwentimental zur Kenntnis und weiteren Beratung.

- Ende der Sachstandsmitteilung -

**Antrag von GEMEINSAM vor Ort, Schwentintaler Wählergemeinschaft und Bündnis90/Die Grünen für Umweltausschuss sowie Haupt-/Finanzausschuss**

**„Verpackungssteuer“**

**Antrag:**

Die Verwaltung der Stadt Schwentinental wird beauftragt, die notwendigen Informationen hinsichtlich der möglichen Einführung einer Verpackungssteuer in Schwentinental einzuholen und im Rahmen einer Sachstandsmitteilung darzulegen, die folgende Fragen zu beantworten:

- Zu erwartende zusätzliche Einnahmen für den Haushalt
- Verwaltungsaufwand beim Erheben der Verpackungssteuer
- Vergleich der Situation in Schwentinental, was den Anfall von Einwegverpackungen angeht, mit anderen Kommunen

**Begründung:**

Einwegverpackungen (aber auch Einweggeschirr, -besteck) stellen ein großes Problem gerade auch in Schwentinental dar, vorwiegend, aber nicht ausschließlich im Bereich des Ostseeparks. Der anfallende Müll muss zum einen seitens der Stadt kostenpflichtig entsorgt werden, zum anderen verteilt er sich in der Natur. Die Problematik von Mikroplastik ist hinreichend bekannt.

Zum Beginn des Jahres 2022 hat die Stadt Tübingen eine (Einweg-)Verpackungssteuer eingeführt. Eine Betreiberin einer McDonalds-Filiale hat dagegen durch alle Instanzen geklagt. Im Januar 2025 stand höchstinstanzlich fest: die Verpackungssteuer ist rechters. Seitdem plant eine große Zahl von Kommunen die Einführung einer Verpackungssteuer, oft noch in diesem Jahr.

Die Stadt Tübingen erzielt bei rund 90.000 Einwohnerinnen und Einwohnern jährliche Einnahmen in Höhe von etwa 800.000 bis 1.000.000 Euro. Das entspricht durchschnittlich etwa 10 Euro pro Person und Jahr. Übertragen auf Schwentinental ergibt sich daraus ein potenzielles Einnahmenvolumen von rund 120 - 150.000 Euro jährlich.

Zu den direkten finanziellen Erlösen für die Stadt kommt nachweislich eine deutliche Reduzierung der anfallenden Müllmengen, was einen zusätzlichen finanziellen Nutzen für die Stadt und einen großen Nutzen für Natur und Umwelt bedeutet. Schließlich wird durch so eine Maßnahme auch das nachhaltige Denken in der Bevölkerung gefördert.

Die zuständige Sachbearbeiterin in Tübingen steht nach unserer Kenntnis anderen Kommunen sehr gerne beratend und mit Informationen zur Seite. Mit dem Antrag sollen die Möglichkeiten für die Einrichtung einer Einweg-Verpackungssteuer auch in Schwentinental geprüft werden.

Andreas Müller	Herbert Steenbock	Vincent Schlotfeldt
Sarah Lossau	Britta Weißhuhn, Sven Kapitzki	Christian Ramm
GEMEINSAM vor Ort	Schwentintaler Wählergemeinschaft	Bündnis 90/Die Grünen

**Anlagen:**

- Artikel aus „Treffpunkt Kommune“ vom 29.1.2025
- Satzung Verpackungssteuer Tübingen

# Tübingens Verpackungssteuer ist rechtens

[29. Januar 2025](#)

Seit 2022 erhebt die Stadt Tübingen eine Verpackungssteuer. Zu zahlen ist diese von allen Betrieben in Tübingen, die Einwegverpackungen entsprechend der Verpackungssteuersatzung verkaufen. Dagegen hatte die Betreiberin einer örtlichen McDonalds-Filiale geklagt. Nun wurde die Klage letztinstanzlich vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen. Damit ist die Steuer rechtsgültig und kann anderen Kommunen als Vorbild dienen.

Die 2022 von der Stadt Tübingen eingeführte Verpackungssteuer ist rechtmäßig. Zu diesem Ergebnis ist nun in letzter Instanz das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ([Aktenzeichen: 1 BvR 1726/23](#)) gekommen und hat damit die Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig von Mai 2023 zurückgewiesen.

„Dieses Urteil des höchsten Gerichts in Deutschland bestätigt, dass sich unsere Hartnäckigkeit gelohnt hat. Jetzt ist auch rechtlich endgültig anerkannt, was wir in Tübingen seit drei Jahren sehen: Die Verpackungssteuer wirkt, bringt Mehrweg-Lösungen voran und drängt die Müllflut im Stadtbild ganz wesentlich zurück“, erklärte Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer nach der Veröffentlichung des Beschlusses. „Wir wissen von vielen Städten, dass sie nur auf das Urteil gewartet haben, um ebenfalls eine Verpackungssteuer nach dem erfolgreichen Tübinger Vorbild auf den Weg zu bringen. Dafür ist jetzt der Weg frei. Deshalb ist heute ein guter Tag für den Umweltschutz, aber auch für innovative Ideen der Kommunen in Deutschland.“

## Verpackungssteuer zeigt Wirkung

Erhoben wird die Verpackungssteuer von der Universitätsstadt seit dem 1. Januar 2022. Sie gilt für nicht wieder verwendbare Verpackungen sowie nicht wieder verwendbares Geschirr und Besteck, sofern Speisen und Getränke darin beziehungsweise damit für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares Take-Away-Gericht oder als -Getränk verkauft werden. Beahlt werden muss die Steuer von den jeweiligen Betrieben. Einwegverpackungen und Einweggeschirr werden dabei mit jeweils 50 Cent netto besteuert, Einwegbesteck mit 20 Cent.

Die Stadtverwaltung Tübingen rechnet durch die Verpackungssteuer nach eigenen Angaben mit Einnahmen in Höhe von 800.000 Euro im Jahr. Laut Pressemitteilung der Stadt hat sich der Verpackungsmüll im Stadtbild deutlich reduziert. Zugleich habe sich die Zahl der Betriebe, die Mehrwegverpackungen ausgeben, innerhalb von fünf Jahren vervierfacht.

*red.*

*Quelle: Treffpunkt Kommune, Serviceportal für kommunale Entscheider (<https://www.treffpunkt-kommune.de/tuebingens-verpackungssteuer-ist-rechtens/>)*

**Satzung der Universitätsstadt Tübingen über die  
Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung)**

*vom 30. Januar 2020 in der Fassung vom 27. Juli 2020*

<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>Seite</b>
§ 1 Steuererhebung, Steuergegenstand	2
§ 2 Steuerschuldner	2
§ 3 Steuerbefreiung	2
§ 4 Steuersatz und Bemessungsgrundlage	2
§ 5 Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit	3
§ 6 Vorauszahlung	3
§ 7 Aufbewahrung- und Aufzeichnungspflichten	3
§ 8 <i>entfallen</i>	4
§ 9 Inkrafttreten	4

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit §§ 2 und 9 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG), jeweils in der derzeit gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 30. Januar 2020 folgende Satzung beschlossen:

## **§ 1**

### **Steuererhebung, Steuergegenstand**

(1) Die Universitätsstadt Tübingen erhebt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften auf nicht wiederverwendbare Verpackungen (Einwegverpackungen) und nicht wiederverwendbares Geschirr (Einweggeschirr) sowie auf nicht wiederverwendbares Besteck (Einwegbesteck) eine Steuer, sofern Speisen und Getränke darin bzw. damit für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares take-away-Gericht oder -Getränk verkauft werden (z. B. warme Speisen und Getränke, Eis von der Eisdiele, Salat mit Soße und Besteck, Getränke „to go“).

(2) Nicht wiederverwendbar im Sinne von Abs. 1 sind insbesondere Einwegverpackungen (wie z. B. Einwegdosen, -flaschen, -becher- und sonstige Einwegbehältnisse), Einweggeschirr (Essgeschirr ohne Essbesteck) und Einwegbesteck (wie z. B. Messer, Gabel, Löffel), die keiner Pfandpflicht unterliegen. Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck sind dazu bestimmt, nur einmal oder nur kurzzeitig für den unmittelbaren Verzehr von Speisen und Getränken verwendet zu werden (wie z. B. Fast-Food-Verpackungen oder Boxen für Mahlzeiten, Sandwiches, Salat oder sonstige Lebensmittel oder Getränkebehälter).

## **§ 2**

### **Steuerschuldner**

Zur Entrichtung der Steuer ist der/die Endverkäufer/in von Speisen und Getränken nach § 1 verpflichtet.

## **§ 3**

### **Steuerbefreiung**

Von der Verpackungssteuer sind die Steuergegenstände befreit, die

1. vom Steuerschuldner vollständig am Ort der Abgabe zurückgenommen und einer stofflichen Verwertung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung zugeführt werden. Die Rücknahme und stoffliche Verwertung sind von dem/der Steuerpflichtigen auf Verlangen nachzuweisen;
2. im Rahmen von Märkten, Festen und sonstigen zeitlich befristeten Veranstaltungen verwendet werden, sofern der/die Endverkäufer/in insgesamt an nicht mehr als zehn Tagen im Jahr Speisen und Getränke im Rahmen solcher Veranstaltungen im Satzungsgebiet verkauft.

## **§ 4**

### **Steuersatz und Bemessungsgrundlage**

(1) Die Steuer beträgt für

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. jede(n) Einwegdose, -flasche, -becher und sonstige Einweggetränkeverpackung | 0,50 Euro |
| 2. jedes Einweggeschirrteil und jede sonstige Einweglebensmittelverpackung     | 0,50 Euro |
| 3. jedes Einwegbesteck (-set)  | 0,20 Euro |

(2) *entfallen*

**§ 5****Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit**

- (1) Die Steuerschuld entsteht im Zeitpunkt des Verkaufs von Speisen und Getränken nach § 1.
- (2) Besteuerungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (3) Der/die Steuerpflichtige hat bis zum 15. Tage nach Ablauf des Besteuerungszeitraums der Stadtverwaltung eine Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenen Vordruck einzureichen.
- (4) Die Stadtverwaltung kann die Steuerschuld schätzen und aufgrund der Schätzung einen Steuerbescheid erteilen, wenn der/die Steuerpflichtige die ihm/ihr obliegenden Pflichten nicht, nicht rechtzeitig, unrichtig oder unvollständig erfüllt.
- (5) Die Steuer wird durch Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheids zur Zahlung fällig.

**§ 6****Vorauszahlung**

- (1) Die Universitätsstadt Tübingen ist berechtigt, Vorauszahlungen in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld zu verlangen. Vorauszahlungen werden vierteljährlich erhoben. Jede Vorauszahlung beträgt grundsätzlich ein Viertel des Jahresbetrages, der sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat. Bei erstmaliger Festsetzung der Vorauszahlungen werden diese aufgrund der Angaben des Steuerschuldners oder auf Grundlage einer sachgerechten Schätzung bemessen.
- (2) Die Vorauszahlungen werden durch einen schriftlichen Bescheid festgesetzt. Bis zur Bekanntgabe eines geänderten Vorauszahlungsbescheides sind die vierteljährlichen Vorauszahlungen jeweils in der bisherigen Höhe zu entrichten.
- (3) Die Universitätsstadt Tübingen kann die Vorauszahlungen der Steuer anpassen, die sich im Besteuerungszeitraum voraussichtlich ergeben wird.

**§ 7****Aufbewahrung- und Aufzeichnungspflichten**

- (1) Der/die Steuerpflichtige hat Aufzeichnungen, Belege und Schriftstücke über Warenbezug und Warenverkauf von Speisen und Getränken nach § 1 zur Einsicht bereitzuhalten.
- (2) Sofern die Aufzeichnungen, Belege und Schriftstücke die Art und Zahl der der Besteuerung nach dieser Satzung unterliegenden Steuergegenständen nach § 1 nicht ausweisen, hat der/die Steuerpflichtige sie durch entsprechende Hinweise zu ergänzen.

**§ 8**

*entfallen*

**§ 9**

**Inkrafttreten<sup>1)</sup>**

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Tübingen, 6. Februar 2020

gez. Boris Palmer  
Oberbürgermeister

<sup>1)</sup> Bekannt gemacht unter <http://www.tuebingen.de/bekanntmachungen> am 8. Februar 2020;

geändert durch:

1. Satzung vom 27. Juli 2020, bekannt gemacht unter <http://www.tuebingen.de/bekanntmachungen> am 6. August 2020